

Keine Einzelfälle

Angeklagt, weil sie bei der Rettung übersetzten.

Drei Jugendliche und hundert Geflüchtete wurde im März 2019 auf dem Mittelmeer vor Malta von dem Öltanker „El Hiblu“ in Seenot gerettet – sie kamen aus Libyen. Die drei übersetzten zwischen Crew und Geflüchteten. Jetzt sind sie als Entführer und Piraten angeklagt – das Verfahren dauert an.

Griechische Küstenwache brachte Schiff zum Kentern.

Statt die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, erhob das Gericht gegen neun willkürlich ausgewählte Geflüchtete Anklage. Sie überlebten das Unglück im Juni 2023 vor der Stadt Pylos, anders als mind. 600 Menschen. Nach 11 Monaten Haft wurden sie schließlich freigesprochen.

Sie suchte Sicherheit.

Eine Frau floh vor Morddrohungen mit ihrer Tochter und Nichte aus der Demokratischen Republik Kongo. In ihrer Verzweiflung nutzte sie gefälschte Pässe. Bei der Einreise in Bologna wurde sie verhaftet – ihr drohen fünf Jahre Haft.

Verantwortungsvoll auf der Flucht

Homayoun Sabetara aus dem Iran fuhr ein Auto, in dem sieben Personen saßen. Ein Schleuser lies sie auf der Fluchtroute im Stich. Dafür wurde er in Griechenland nun zu 18 Jahren Haft verurteilt. Er wollte zu seinen Kinder nach Berlin kommen, sie setzen sich nun für seine Freilassung ein.

Das Verhängnis: er ist Fischer.

Lamine Thiam weiß, wie man ein Boot lenkt. Gemeinsam mit rund 50 Personen u.a. aus Senegal, Gambi, Mali bestreitet er die Überfahrt von der Küste der Westsahara Richtung kanarische Inseln. Die marokkanische Küstenwache greift sie auf. Dem Minderjährigen Thima drohen nun bis zu 20 Jahren Haft wegen Beihilfe zur Flucht.

Jetzt Spenden und den Fonds füllen



Spendenkonto: DE69 4306 0967 1018 8350 02
Spendenstichwort: Bewegungsfreiheit

Material zum Weiterverteilen und weitere Infos
medico.de/bewegungsfreiheit



Mit deiner Spende hilfst du Menschen, die unrechtmäßig verurteilt werden.



...weil
Hilfe
kein
Verbrechen
ist.

Der Fonds für Bewegungsfreiheit

Ein Zeichen gegen den Rechtsruck

Wie oft wird behauptet, dass sich der Rechtsruck in Europa aufhalten lässt, wenn Migration bekämpft und der Kontinent abgeschottet wird? So werden Grenzen militarisiert, Gesetze verschärft und das Asylrecht ausgehebelt.

Die Europawahl hat erneut bewiesen, dass dies nicht aufgeht. Rechte Parteien werden gestärkt und ermutigt. Es ist an der Zeit, dagegenzuhalten und jenen beizustehen, die den Preis für diese falsche Logik zahlen.

Europas Rechtsruck begann in der Migrationspolitik. Und er muss auch dort enden.



Europäische Entrechtung

An Europas Außengrenzen werden Menschen nicht nur aufgehalten, zurückgedrängt, verhaftet oder in Lagern zermürbt. Sie werden auch immer häufiger vor Gericht gestellt und ins Gefängnis gesperrt.

Ihr Verbrechen: Die Suche nach Schutz, einem Leben in Frieden oder einem neuen Anfang und dabei die gegenseitige Hilfe. Das Urteil: Nicht selten mehrere Jahre Gefängnis – manchmal sogar lebenslang.

Gemeinsam für das Recht auf Schutz, Zuflucht und ein Leben in Würde.

Die Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht ist europaweit auf dem Vormarsch. In Griechenland sind Geflüchtete heute die zweitgrößte Gruppe der Gefängnisinsassen. Ihnen wird vorgeworfen bei Grenzüberschreitungen geholfen zu haben. Auch in Italien, Spanien und entlang der Balkanroute finden Verurteilungen immer wieder statt.

Für das Recht, Rechte zu haben

Jeder Mensch hat das Recht auf ein Leben in Würde und Frieden – das Recht, unerträglichen Lebensverhältnissen zu entfliehen und Schutz zu suchen. Wenn Europas Regierungen dieses Recht missachten, ist es an uns, Schutzsuchenden beizustehen und ihre Rechte geltend zu machen. Seit vielen Jahren unterstützt medico international Projekte und Initiativen, die sich in Nordafrika und Europa für die Rechte von Menschen auf der Flucht einsetzen. Unsere Partnerorganisationen helfen mit medizinischer Versorgung, juristischer Beratung und solidarischer Unterstützung.

medico: Solidarität verbindet

Mit dem Fonds für Bewegungsfreiheit unterstützen wir Menschen, die an den Rändern Europas unrechtmäßig in Gefängnissen sitzen oder sich verteidigen müssen. Wir finanzieren Prozess- und Anwaltskosten, unterstützen im Alltag und schaffen mit öffentlichen Kampagnen Aufmerksamkeit – weil Migration kein Verbrechen ist.

Die praktische Solidarität von unten gilt es auszubauen und zu stärken!

